



## Beabsichtigen Sie die durch die Ampel-Koalition beschlossene und am 31.10.2024 in Kraft getretenen Änderungen des Waffengesetzes (erweiterte Überprüfung der Jäger, Messerverbot) im Falle einer CDU-geführten Bundesregierung wieder zurückzunehmen?

<p>Lars Rohwer </p>	<p>Ja, das Waffenrecht ist grundlegend zu überarbeiten. Ich stehe hinter allen legalen Waffenbesitzern – egal ob in der Jagd oder im Schützenwesen. Sie unterlagen bereits vor der Reform durch die Ampelregierung in Deutschland einem der schärfsten Waffenrechte Europas mit strengen Vorgaben und Überwachungsmöglichkeiten. Gleichzeitig war immer eine einigermaßen freie Betätigung von u. a. auch Sportschützen möglich. Wie sonst sollen wir beispielsweise im Biathlon zukünftig Talente fördern? Bei internationalen Wettkämpfen freuen wir uns aber alle miteinander, wenn unsere Sportlerinnen und Sportler vorn mit dabei sein. Das Waffenrecht ist übermäßig kompliziert und bürokratisch. Die zuletzt erfolgten Verschärfungen lehnen wir in der CDU ab. Sie haben keinen nachweisbaren Beitrag zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit geleistet, sondern zusätzliche Belastungen für die Waffenbehörden geschaffen. Unser Ziel ist ein transparentes und verhältnismäßiges Waffenrecht, das legale Waffenbesitzer wie Jäger und Sportschützen entlastet und gleichzeitig effektive Maßnahmen gegen illegalen Waffenhandel stärkt. Extremisten und Straftäter dürfen nicht in den Besitz von Waffen kommen. Das ist das oberste Ziel. Ein modernes Waffengesetz muss anwenderfreundlicher und verständlicher werden. Jäger und Sportschützen dürfen nicht länger durch unnötige Regelungen belastet und drangsaliert werden. Die Anwendungsbereiche des § 5 WaffG müssen praxisgerecht überarbeitet werden. Der Kampf gegen illegalen Waffenhandel muss ein Schwerpunkt sein, da von illegalen Waffen die größte Gefahr ausgeht. Hierzu ist eine stärkere Vernetzung der Behörden sowie eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Polizeien dringend erforderlich.</p>
<p>Matthias Rentzsch </p>	<p>Das geltende Waffenrecht in Deutschland zählt bereits heute zu den weltweit strengsten Regelungssammlungen zum Umgang mit Waffen. Die deutschen Sportschützen, Jäger, Waffensammler, Waffenhändler, Brauchtumsschützen, Waffenhersteller, Bewachungsunternehmer und sonstige Träger besonders anzuerkennender persönlicher oder wirtschaftlicher Interessen sind nicht weniger als alle anderen Grundrechtssubjekte Träger unveräußerlicher Menschenrechte. Die AfD setzt sich seit ihrer Gründung 2013 für mehr Rechte von Sportschützen und Jägern ein. Mit unserem Antrag „Für ein Waffengesetz mit Augenmaß: Kein Generalverdacht gegen legale Waffenbesitzer“ hat sich die AfD-Bundestagsfraktion klar und deutlich zu Gunsten der deutschen Waffenbesitzer positioniert. Die Umsetzung der EU-Feuerwaffenrichtlinie darf keinesfalls zu einer Verschärfung des Waffengesetzes in Deutschland führen. Die AfD unterstützt jegliche Vorhaben, die das deutsche Waffenrecht liberalisieren und Jäger und Sportschützen vor staatlicher Schikane schützen.</p>
<p>Steffen Große Frank Anton </p>	<p>Dass Waffengesetz braucht eine grundlegende Überarbeitung – es muss anwenderfreundlicher, verständlicher und weniger bürokratisch werden. Dabei müssen die zurückliegenden Verschärfungen des Waffenrechts dringend auf ihre Wirksamkeit und Zweckmäßigkeit hin überprüft und gegebenenfalls rückgängig gemacht werden. Das aktuelle Waffengesetz belastet Legalwaffenbesitzer an vielen Stellen in unverhältnismäßiger Weise und ist selbst für Fachleute nur schwierig anzuwenden. In den gesamten Prozess der Neufassung müssen die führenden Verbände der Jagd und Sportschützen ebenso wie die betroffenen Behörden eng eingebunden werden.</p>
<p>Thomas Ladzinski </p>	<p>In der derzeitigen Konstellation ist eine CDU-geführte Bundesregierung mit großer Wahrscheinlichkeit eine schwarz-grüne oder schwarz-rote Bundesregierung. In beiden Konstellationen ist die Zurücknahme dieser Waffenrechtsreform eher unwahrscheinlich, da diese Reform ja von denen stammt. Ich kann Ihnen aber versichern, dass in einer AfD-geführten Bundesregierung diese Waffenrechtsreform umgehend rückgängig gemacht wird, da sie vollkommen an der Praxis vorbei geht und es sich bei dieser Waffenrechtsreform um ein Bürokratiemonster handelt, welches einzig und allein dem Zweck dient, den legalen Waffenbesitz möglichst zu erschweren. Dieses Gesetz verhindert den gesellschaftlichen Auftrag der Jäger zur Hege und Pflege des Artenbestandes und schadet damit uns allen.</p>
<p>Sina Alex Terence Koch </p>	<p>Wir halten die letzte Änderung des Waffengesetzes für einen nicht ausgereiften Entwurf. Die Formulierungen im Gesetzestext sind oft vage und lassen den Behörden einen zu weiten Ermessensspielraum, zum Beispiel bei der erweiterten Überprüfung von Jägern und den unklaren Regelungen zum Messerverbot. Wir setzen uns für eine sachliche Überarbeitung der Regelungen ein, um klare und praxistaugliche Vorgaben zu schaffen, die sowohl den Schutz der Öffentlichkeit als auch die berechtigten Interessen von Jägern, Sportschützen und anderen Betroffenen ausgewogen berücksichtigen.</p>
<p>Clara Bünger Funda Römer </p>	<p>Was eine CDU-geführte Bundesregierung hierzu unternehmen wird, kann man nur spekulieren. Eine Rücknahme der Regelungen zu Messerverbotzonen ist von ihr sicherlich nicht zu erwarten. Die Linke hat die Änderungen im Waffengesetz hierzu abgelehnt. Das pauschale Verbot eines Mitführens von Messern ohne Ansehen der Person und erst recht ohne Anhaltspunkte für eine missbräuchliche Nutzung greift unterschiedslos in die persönliche Freiheit der Bürgerinnen und Bürger ein. Wir halten diese Maßnahme für unverhältnismäßig, gerade auch mit Blick auf die daran anknüpfenden Befugnisse zu anlasslosen Personenkontrollen. Die Linke unterstützt sinnvolle und verhältnismäßige Maßnahmen zur Gewaltprävention auch im Bereich eines restriktiveren Waffenrechts, wie etwa den Besitz von Schusswaffen, die nicht der Jagd oder der Ausübung der olympischen Schießsportdisziplinen dienen. Die erweiterte Überprüfung der Zuverlässigkeit und persönlichen Eignung als Voraussetzung für den legalen Waffenbesitz halten wir in Zeiten, in denen die Anzahl der (legal) bewaffneten Rechtsextremisten und Reichsbürger nachweislich steigt dringend geboten. Auch, um der Gefahr die gesellschaftlich anerkannte Legitimität der großen Mehrheit der Legalwaffenbesitzer, die sich ihrer besonderen Verantwortung entsprechend rechtskonform verhalten, entgegen zu wirken. Die mit der Neufassung des Waffengesetzes eingeführten Regelungen zur Unzuverlässigkeit oder Ungeeignetheit bei Beteiligung an Staatsschutzdelikten und der Einholung von Informationen des Zollkriminalamts und der Bundespolizei sowie die Nachberichtspflicht der Verfassungsschutzbehörden dürften für die Jägerinnen und Jäger unschädlich sein. Sie schließen bis dahin bestehende Regelungs- und Informationslücken der Waffenbehörden.</p>
<p>Markus Reichel </p>	<p>Die CDU/CSU-Fraktion hält die zuletzt von der Ampel-Koalition beschlossenen Änderungen des Waffengesetzes für übermäßig bürokratisch und nicht zielführend. Eine erweiterte Zuverlässigkeitsüberprüfung für Jäger sowie die generellen Verschärfungen im Waffenrecht stellen eine unverhältnismäßige Belastung für legale Waffenbesitzer dar, ohne die innere Sicherheit maßgeblich zu verbessern. Wir setzen uns daher für eine Überarbeitung und Deregulierung des Waffenrechts ein, um bürokratische Hürden abzubauen und Jäger nicht weiter zu belasten.</p>



Keine Rückmeldung

Rasha Nasr, Stephan Schumann (SPD)  
Torsten Herbst, Benita Horst (FDP)  
Andrea Ebert (MLPD)

Kassem Saleh, Merle Spellerberg (Bündnis 90/ Die Grünen)  
Theodor Benad (Freie Wähler)  
Melanie Buntrock (Die Partei)